

Anzeiger für den Kreis Pleß

Bezugspreis: Frei ins Haus durch Boten monatlich 2,50 Zloty. Der Anzeiger für den Kreis Pleß erscheint Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. Geschäftsstelle: Pleß, ul. Piastowska 1

**Nikolaier Anzeiger
Plesser Stadtblatt**

Anzeigenpreis: Die 8-gespaltene mm-Zeile für Polen 15 Gr. die 3-gespaltene mm-Zeile im Reklameteil für Polen-Oberstl. 60 Gr. für Polen 80 Gr. Telegramm-Adresse: „Anzeiger“ Pleß. Postpartien-Konto 302622. Fernruf Pleß Nr. 52

Nr. 44

Freitag, den 12. April 1929

78. Jahrgang

Das Zentrum wieder in der Regierung

Eine Entschließung des Reichstabinetts — Die Große Koalition gesichert

Berlin. Amtlich wird mitgeteilt: Die Reichsregierung hat am Mittwoch vormittag unter dem Vorsitz des Reichskanzlers zu einer eingehenden Aussprache über die gegenwärtige politische Lage zusammen. Sie kam einstimmig zu folgenden Entschließungen:

Angesichts der außen- und innenpolitischen Lage und insbesondere im Hinblick auf die augenblicklich in Paris tagende Reparationskonferenz ist eine aktionsfähige Regierung in Deutschland das unabwiesbare Erfordernis. Die Reichsregierung wird daher ihre ganze Kraft daran setzen, daß die Grundlagen der deutschen Staatswirtschaft nicht erschüttert werden und deshalb insbesondere der Reichshaushaltsplan 1929 sobald im Reichstage zur Verabschiedung gelangt.

Zu diesem Zweck bekräftigt die Reichsregierung ihren bereits am vergangenen Sonntag nach eingehender Prüfung im Hinblick auf die gesamtpolitischen Notwendigkeiten gefaßten Beschluß, unter Rückstellung ihrer Bedenken auf dem Boden der Vorschläge zu treten, welche von den Sachverständigen der Sozialdemokratie, des Zentrums, der D. V. P., der Demokratischen Partei und der B. v. P. zusammen vereinbart worden sind. Nur die Durchsetzung der so zustande gekommenen Vorschläge einschließlich derjenigen für den Haushalt des Reichswehrministeriums wird die Reichsregierung erwarten sich geschlossen einsehen.

Die Reichsregierung erwartet, daß die vorgenannten Fraktionen des Reichstages sie in dieser Arbeit unterstützen und eigenen Anträgen auf weitere Streichungen über die genannten Vorschläge hinaus oder auf höhere Ausgabenbewilligungen der erforderlichen Widerstand entgegenzusetzen werden. Sie erwartet weiter, daß zur Gewährleistung eines reibungslosen Ganges der Reichsgeschäfte Anträge von grundlegender Bedeutung überhaupt

nur im gegenseitigen Benehmen gestellt oder weiter verfolgt werden.

Auf dieser Grundlage wird die Reichsregierung mit den oben genannten Fraktionen des Reichstages in Verbindung treten, um durch fortgesetzte enge Fühlungnahme die Erreichung dieser politischen Ziele zu gewährleisten. Sie wird gleichzeitig die von ihr angestrebte Erweiterung des Reichstabinetts ohne weiteren Verzug in die Wege leiten.

Die vorstehenden Entschließungen der Reichsregierung wurden vom Reichskanzler den Partei- und Fraktionsführern der Sozialdemokratie, des Zentrums, der Deutschen Volkspartei, der Demokratischen Partei und der Bayerischen Volkspartei übermittelt und von ihnen den betreffenden Reichstagsfraktionen unterbreitet. Sämtliche beteiligte Reichstagsfraktionen billigten die Entschließung der Reichsregierung und erklärten sich bereit, auf dieser Grundlage die Regierung zu unterstützen.

Der Reichskanzler wird über das Ergebnis dieser Beratungen dem Herrn Reichspräsidenten Vortrag halten und hierbei zugleich Vorschläge für die Erweiterung der Reichsregierung machen.

Die drei neuen Zentrumsminister

Berlin. Die Zentrumsfraktion des Reichstages beschloß am Mittwoch abend einstimmig, dem Reichskanzler als Mitglieder der Reichsregierung vorzuschlagen: den Abgeordneten von Guérard für das Reichsjustizministerium, den Abgeordneten Stegefeld für das Verkehrsministerium und den Abgeordneten Dr. Birch für das Ministerium für die besetzten Gebiete.

Macdonald über die englisch-russischen Beziehungen

„Der gegenwärtige Zustand nicht mehr lange haltbar.“

Aus Anlaß des Besuchs britischer Industrieller und der bei dieser Gelegenheit in Moskau ausgetauschten Reden gab der Führer der englischen Arbeiterpartei, Macdonald, einem Vertreter des Arbeiterblattes „Daily Herald“ ein Interview.

Ramsay Macdonald erklärte zunächst, es seien in Großbritannien immer mehr Personen zu der Erkenntnis gekommen, daß der gegenwärtige Zustand der anglo-russischen Beziehungen nicht mehr lange andauern könne. Es sei ein offenes Geheimnis, daß britische Maschinenbauern und andere Industriellen nicht nur russische Bestellungen wünschten, sondern geradezu auf sie drängen. Macdonald wandte sich dann gegen die Einstellung der Politik der Arbeiterpartei gegenüber Rußland durch die politischen Gegner und betonte, daß die Labour Party noch niemals für eine staatliche Anleihe an Rußland eingetreten sei, wie aus den im Jahre 1924 abgeschlossenen Verträgen hervorgehe. Falls Rußland tatsächlich in der Lage sei, Aufträge in dem von Witakoff, dem Präsidenten der russischen Staatsbank, geäußerten Umfang — er hatte von einer Summe von 3-4 Milliarden gesprochen — in Großbritannien zu plazieren, so würde diese Tatsache allein Rußlands Kredit in Großbritannien so erhöhen, daß die Sowjetregierung in der Lage wäre, in nicht zu ferner Zeit auf dem üblichen Wege Anleihen von dem Geldmarkt aufzunehmen.

Im Hinblick auf die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen zu Rußland erklärte Macdonald, daß die Frage der Wiederaufnahme der offiziellen Beziehungen nichts mit der Frage zu tun habe, ob Sowjetrußland gegen den Bestand des englischen Reiches intrigiere oder nicht. Es sei weitans vorzuziehen, falls man in dieser Lage sei, solche Beziehungen auf direktem diplomatischem Wege zu behandeln, da man hierbei viel eher Aussicht auf eine befriedigende Erledigung besäße. Unzweifelhaft sei, wie der Präsident der Staatsbank richtig erklärt habe, die Wiederaufnahme der diplomatischen Beziehungen eine notwendige Voraussetzung für eine wirkliche Ausdehnung des anglo-russischen Handels, den alle wünschen müßten, denen das Wohlergehen der britischen Industrie am Herzen läge.

Die Oberstengruppe an der Macht

Noch keine Entscheidung über die Regierungskonstruktion

Warschau. Die für Mittwoch erwartete Entscheidung über die Kabinettsumbildung ist ausgeblieben. Auch die Konferenzen, die zwischen dem Staatspräsidenten und dem Ministerpräsidenten stattfinden sollten. Auch die Unterredung Bartels mit Pilsudski fand nicht statt. Die Kandidatur Switalski wird zwar immer noch aufrecht erhalten, doch scheint man sich über den Finanzminister nicht einig zu sein. Die Kandidatur des Generals Gorecki wird in Industriekreisen lebhaft bekämpft und der frühere Minister Gliwic wieder in den Vordergrund geschoben. Sogar scheint indessen zu sein, daß Pilsudski, Zaleski

und Car bleiben, die anderen Posten werden neu besetzt, doch lagen heute die Regierungsbücher an, daß alle bisherigen Kombinationen über die führenden Männer verfehlt seien. Der vielgenannte Adjutant Pilsudski, Prystor, der nunmehr auch Arbeitsminister werden sollte, hat seinen früheren Posten wieder ausgenommen, so daß er als Ministerkandidat nicht mehr in Frage kommt. Voraussichtlich dürfte die Entscheidung erst am Sonnabend fallen, allerdings kann auch noch mit verschiedenen anderen Ueberraschungen gerechnet werden.

Die Jagd nach der Siegesbeute

Hartnäckige Verhandlungen der Gläubigerstaaten untereinander

Paris. Die arbeitsreichen Sitzungen der Hauptgläubigerstaaten über die am Deutschland gemeinsam zu richtenden Wiedergutmachungsforderungen fanden am Mittwoch in Gegenwart der amerikanischen Vertreter in einer Vormittags- und Nachmittagsbesprechung ihren Fortgang. Aus den Kommentaren der französischen Blätter geht mit einer erstaunlichen Offenheit und Deutlichkeit hervor, daß sich diese Verhandlungen im familiären Kreise der Alliierten außerordentlich hartnäckig und schwierig gestalten, da keiner der Gläubigerstaaten nachgeben wird. Obwohl, wie gerüchtweise verkauften, die Sachverständigen auch einen großen Teil der Nacht von Dienstag auf Mittwoch zur Errechnung der Ziffern verwannten, sind, wie ursprünglich erwartet, die Besprechungen nach den Darstellungen der Presse noch nicht so weit fortgeschritten, daß am Mittwoch mit irgendeiner Einigung zu rechnen ist. Das

Journal de Debates schreibt sogar, daß die Gläubigerländer trotz der in ihren Reihen herrschenden Zuversicht nicht damit rechnen, ihre Forderungen vor Ablauf einiger Tage miteinander in Einklang bringen zu können.

Auflösung kommunistischer Gewerkschaften in Rumänien

Bukarest. Der rumänische Ministerrat hat beschlossen, alle kommunistischen Gewerkschaften aufzulösen. Diesem Beschluß ist die Polizei sofort nachgekommen. Die Häuser der kommunistischen Gewerkschaften in Bukarest wurden bereits gesperrt und die Schriften beschlagnahmt.

chinesischen Truppen und als Vorsitzender des chinesischen Staatsrates zurücktreten. Er bitte die Regierung um die Möglichkeit, ins Ausland zu gehen.

Wieder ein politischer Mord

Tirana. Oberst Radomitsch, der früher der montenegrinischen Garde angehörte, wurde an der albanisch-südslawischen Grenze in der Nähe von Pez ermordet. Der Täter ist entflohen. Es dürfte sich jedenfalls um einen politischen Mord handeln.



Die Vermählung des österreichischen Gesandten in Berlin

Dr. Felix Frank, mit der Wiener Pianistin Margarete Witt wurde am 10. April in Berlin vollzogen. Als Trauzeugen fungierten Reichsaussenminister Dr. Stresemann (rechts) und der ehemalige Chef der deutschen Heeresleitung, General von Seeckt (links).

Tschiangkai-schei will zurücktreten
Peking. Die amtliche chinesische Telegraphenagentur veröffentlicht ein Telegramm Tschiangkai-scheis an die Nankingregierung, in dem er mitteilt, daß er in den nächsten Tagen nach Nanjing zurückkehren und der Regierung Bericht über die politische Lage in Hankau erstatten werde. Er stellt weiter fest, daß die Bewegung gegen Nanjing noch nicht zusammengebrochen sei und erklärt, der Aufstand in Nanjing sei nur dadurch möglich geworden, daß er, Tschiangkai-schei, nicht rechtzeitig den Kampf gegen die Aufständischen aufgenommen habe. Aus diesem Grunde wolle er von seinem Amte als Oberbefehlshaber der



Neue Wege der Energiegewinnung

Auffeuernde Erfindung eines deutschen Ingenieurs.

Ingenieur Paul Hausmeister-Göppingen, dem es gelungen ist, ein neues Verfahren zur Gewinnung von Sauerstoff aus Wasser anzuwenden. Das aus dem Wasser unter Anwendung der Druckelektrolyse gewonnene Knallgas soll einen wesentlich billigeren und dabei vollkommen gleichwertigen Ersatz für Benzin bedeuten. Dem neuen Verfahren wird eine große Bedeutung beigelegt, da man glaubt, vor neuen Wegen der Energiegewinnung (Kraftgas aus Wasser) zu stehen.

Entspannung in der österreichischen Regierungskrise

Wien. Der Mittwoch hat allem Anschein nach eine weitere Entspannung in der österreichischen Regierungskrise gebracht. Die gegenseitigen Standpunkte sind einander jetzt soweit näher gebracht worden, daß mit der Möglichkeit einer völligen Verständigung im Laufe des Donnerstag gerechnet wird. Es wurde ein viergliedriger Vorkommission eingesezt, der Donnerstag vormittag die Mietenfrage behandeln wird. Man hält es jedoch nicht für unwahrscheinlich, daß noch für Ende dieser Woche die Verhandlungen über die Personenfrage beginnen. Bis zur Stunde kann tatsächlich kein ernsthafter Kanzlerkandidat genannt werden. Alle in diesem Zusammenhang ausgesprochenen Namen können als erledigt angesehen werden.

Die englische Regierung zum Wahlkampf

London. Das englische Kabinett hielt Mittwoch, unter Vorsitz des Ministers Baldwin, eine Sitzung ab, die von ungewöhnlicher Bedeutung war, da das Wahlprogramm der Regierung und der Haushalte zur Behandlung standen. Baldwin unterbreitete dem Kabinett die Programmklärung, die er in acht Tagen auf einer Londoner Zusammenkunft führender konservativer Persönlichkeiten und Kandidaten abgeben wird. Churchill gab einen Ueberblick über die Haushaltsrede, die er am kommenden Montag im Unterhause halten wird.

„Karl und Anna“ im Theater an der Avenue

Paris. Das Theater der Avenue brachte Dienstag abend die Generalprobe von Leonhard Franks Vierakter „Karl und Anna“. Es war seltsam, die französischen Schauspieler als deutsche Gefangene zu sehen, doch waren die Gestalten gut getroffen. Das vollbesetzte Haus folgte mit Spannung der ausgezeichneten Darstellung. Der Dichter, der in der Loge des deutschen Botschaftlers der Vorstellung beiwohnte, konnte sich ebenso wie die Schauspieler für den warmen Beifall herzlich bedanken.

Hypnose statt Narchose

Auffeuernde Versuche an Wiener Kliniken — Operationen in Tiefhypnose

Sensationelle Versuche, die geeignet sind, großes Aufsehen auch außerhalb medizinischer Fachkreise hervorzurufen, wurden in letzter Zeit an Wiener Kliniken durchgeführt. Es handelt sich um chirurgische Eingriffe, bei denen die üblichen Methoden der Narchose durch suggestive Beeinflussung des Patienten, durch Hypnose, ersetzt worden sind. Um es gleich vorweg zu nehmen, sei es vermerkt, daß alle diese Experimente von vollem Erfolg begleitet waren, von einem Erfolg, der es erhoffen läßt, daß in vielen Fällen die suggestive Beeinflussung, die Narchose, wenn auch nicht ganz ersetzen, doch ihre Durchführung wesentlich erleichtern und vereinfachen werde können.

Der bekannte Wiener Neurologe, Professor Dr. Schilder, der auf dem Gebiete der Erforschung der Hypnose Bedeutendes geleistet hat, hat bereits vor längerer Zeit interessante Wechselbeziehungen zwischen Narchose und Hypnose beobachtet und deren Natur aufhellen können. Es wurde festgestellt, daß Personen, die erst suggestiv beeinflusst wurden, sich leichter narchoisieren ließen; zu der Narchose bedurfte es in solchen Fällen einer weit geringeren Dosis, wie es sonst üblich ist. Andererseits konnte auch beobachtet werden, daß bei Personen, die durch narchoisierende Mittel vorerst ein wenig betäubt worden waren, eine starke Hypnose bedeutend leichter und einfacher durchführbar war.

Diese interessanten und wichtigen Feststellungen ließen dann die Idee aufstehen, daß man in der praktischen Medizin beide Methoden, Narchose und Hypnose, kombinieren könnte, das Verfahren erhielt den Namen Narcho-Hypnose. Zu praktischen Versuchen kam es zunächst bei Geburtshilfen. Die Schmerzlosigkeit der Geburt wird meist durch leichte Betäubung mit Narchotika erzielt. Dem bekannten Wiener Neurologen Dozenten Dr. Kogerer, einem Jün-

ger des Professors Wagner-Jauregg, gelang es, diese leichte Narchose bei der Geburtshilfe in mehreren Fällen durch hypnotische Beeinflussung der Gebärenden mit vollem Erfolg zu ersetzen. Die hypnotische Beeinflussung hob die gleiche Zeit mit dem Einsetzen der Geburtswehen an. Die Patientin überstand dann die schwere Stunde ebenso schmerzfrei wie unter dem Einfluß des in solchen Fällen üblichen Narchoseverfahrens. In mehreren dieser Fälle wurden auch stärkere suggestive Beeinflussungen, in Tiefhypnose, angewendet.

Der Gedanke, Narchose durch Hypnose ganz oder zum Teil zu ersetzen, erwies sich auch bei chirurgischen Eingriffen als praktisch verwertbar. Leichte chirurgische Eingriffe zum Beispiel Drosseln von Abzessen, konnten durch Hypnose vollkommen schmerzfrei und ohne jegliche psychische Nebenwirkung bei dem Patienten vorgenommen werden. Weitere Versuche bei schweren chirurgischen Eingriffen führten zum selben Ergebnis. So konnten in letzter Zeit auch Fälle von Blinddarmentzündung unter Anwendung von Narcho-Hypnose operiert werden. Eine dritte Operation wurde in Tiefhypnose, also ohne Narchotika durchgeführt. Freilich fehlt es auch an Gegnern dieses Verfahrens nicht, die darauf hinweisen, daß die verschiedenen Narchosearten bereits derart gefahrlos und einfach in ihrer Anwendung sind und so viel Nuancierungen zulassen, daß sie psychischen Beeinflussung in jedem Falle vorzuziehen seien. Wie es auch immer um diese offene Streitfrage bestellt möge, steht es fest, daß den geschilderten Versuchen hohe wissenschaftliche Bedeutung zukommt und daß die gesammelten Erfahrungen zum Ausgangspunkt einer ausgiebigen praktischen Verwertung der neuen Methode werden können.



Ein Mädchen als Räuberhauptmann

In der weiteren Umgebung von Belgrad trieb längere Zeit hindurch eine Räuberbande ihr Unwesen, die sich den Nachforschungen der Behörden bisher immer entziehen konnte. Erst kürzlich gelang es, diese größtenteils aus Zigeunern bestehende Räuberbande dingfest zu machen. Merkwürdigerweise wurde die Bande von einem etwa 24jährigen Mädchen geführt, das ebenfalls festgenommen wurde. — Unser Bild zeigt Mitglieder der Bande im Belgrader Polizeigewahrsam; die Zweite von rechts ist die Anführerin.

Die größte Lokomotive der Welt

Kürzlich wurde von einer amerikanischen Lokomotivfabrik in Schenectady an die Northern Pacific-Eisenbahn eine Lokomotive geliefert, die 37 Meter lang ist, somit dreimal so lang wie ein normaler Frachtwagen. Sie besitzt 22 Räder, der Tender zwölf, ihre Höhe beträgt fast fünf Meter. Sie wiegt, mit Kohlen und Wasser beladen, 116 000 Pfund, der Tender selbst fast 22 000 Gallonen Wasser und 27 Tonnen Kohle. Sie hat eine Gesamtzugkraft von 158 400 Pfund und ist für die Heizung mit

eine halbbittumindigen Kohle von geringer Heizkraft eingerichtet, von der stündlich 22 1/2 Tonnen verbrannt werden können. Eine besondere Vorrichtung zermahlt die Kohle und verteilt sie in der Feuerbüchse, die über acht Meter lang ist. Sie wird nun für den Verkehr auf einer Strecke mit vielen Steigungen benutzt werden, auf der man bisher die von den benachbarten Ebenen Strecken eintraffenden Züge in zwei Teile zerlegen mußte. Es wird also die Arbeit von zwei der bisherigen Lokomotiven geleistet.



Roman von Elisabeth Borchart

48. Fortsetzung.

Nachdruck verboten.

„Ja, danach. Hans zeigte es mir oft und erzählte mir von Ihnen, denn er hatte Sie sehr lieb. Das Verhängnis, das folgte, und meine Krankheit löschten Namen und Erinnerung aus, bis Sie mir hier plötzlich gegenübertraten. Sie kamen mir bekannt, vertraut vor, und ich suchte in meiner Erinnerung lange vergeblich, bis ich es doch fand; darauf folgten wieder abwechselnd Zweifel und Hoffen, und heute konnte ich nicht mehr zurückhalten, zu forschen. Und nun, Signore Bardini, stimmt es mich so glücklich, daß ich in Ihnen Hans' besten Freund gefunden habe; es ist mir wie ein Gruß von ihm. Erzählen Sie mir von ihm alles, was Sie zusammen erlebt haben!“

Ein leidenschaftliches Verlangen spiegelte sich in Helenes Zügen wider, und Bardini war tief bewegt.

„Vor allem jagen Sie mir eins, Signorina,“ bat er, „wie war es möglich, daß der gesunde, hoffnungsfreudige Mann, als den ich ihn zuletzt in Mailand sah, so früh dahingerafft wurde? Diese Nachricht hat mich tief erschüttert, denn ich glaubte ihn am Leben und hoffte, ihn wiederzusehen.“

„Ich sagte schon einmal,“ antwortete Helene leise, „Kom hat es ihm angetan — er starb am römischen Fieber — doch nun fort mit den trüben Erinnerungen — heute will ich nicht traurig sein. Frohes, lustiges Leben sollen Sie mir erzählen, aus seinem Leben — von seinem Schaffen, von Ihren gemeinsamen Unternehmungen.“

Helenes Wangen glühten, und ihre Augen hingen mit einem Flehen an Bardini, als solle ihr von ihm der Verlorene zurückgeschenkt werden.

Sie, die schweigend und mit inniger Teilnahme und Spannung dem Gespräch der beiden gefolgt war, betrachtete jetzt Helene mit liebevoller Aufmerksamkeit. Ihr rätselhaftes Interesse für Bardini war nun geklärt, und sie bat es ihr im stillen ab, was sie ihr zuvor zugetraut hatte,

Selene Brandis war wohl ein Charakter, der sich in seinem Kummer selbst verlieren, hilflos werden sollte, aber der treu bis über den Tod hinaus blieb oder doch wenigstens nicht so bald schon, mitten aus allem Leid heraus, nach Ertrag suchte.

Unterdessen hatten sie wieder langsam ihren Weg fortgesetzt, und Bardini hatte zu erzählen angefangen, wie sie sich fast wie Brüder zugefand gewesen, wie sie Leid und Freude geteilt und zusammen manchen tollen Streich, besonders zur Karnevalszeit, ausgeführt hatten.

Nicht nur Selene Brandis, sondern auch Zia lauschte der in launiger Weise vorgetragenen Erzählung mit Aufmerksamkeit und Teilnahme. Ab und zu warf Helene eine Frage dazwischen, und Bardini beantwortete sie, so weit er konnte. Dann sprach er von der letzten Zeit in Mailand, und in Helene wurde dabei alles so lebendig, was auch ihr Bräutigam ihr einst erzählt hatte, als wäre es erst gestern gewesen.

„Und was ist aus der schönen Carlotta geworden?“ fragte sie aus diesen Erinnerungen heraus.

Es war, als ob bei dieser Frage ein Ruck durch seinen Körper ginge.

„Wen meinen Sie, Signorina?“

„Eine schöne Mailänder Dame, in deren Elternhause die Maler ein- und ausgingen. Als wir zusammen in Mailand waren, wollten wir sie aufsuchen, aber wir vernahmen, daß sie nach Deutschland gegangen sei. Erinnern Sie sich nicht mehr, Signore Bardini? — Hans erzählte mir doch —“

„Was erzählte er Ihnen?“ unterbrach er sie hastig mit bebender Stimme.

Selene antwortete nicht sogleich; sie war bestürzt. Woran hatte sie hier unbedachtsamerweise gerührt? Diese Wirkung hatte sie nach ihres Bräutigams Erzählung nicht vermuten können.

Auch Zia waren der seltsame Ton und die Veränderung in Bardinis Wesen aufgefallen.

Nach kurzer Pause antwortete Helene: „Hans erzählte mir, daß die Maler die schöne Dame umschwärzten und auch er selbst sie ein wenig vergöttert habe.“

„Ah — jetzt erinnere ich mich,“ sagte Bardini aufatmend, „ja, ja — so war's. Sie hatte ein Gesicht, zum Maler schön.“

„Und soll doch nur selten einem die Gnade einer Sitzung gewährt haben.“

„Auch das — ist richtig — ach, die tolle Mailänder Zeit — das war ein Leben, Signorina! — Ja damals, wo man noch Mut hatte trotz aller Mißerfolge.“

„Grüß Gott!“

Eine helle Stimme unterbrach seine Worte. Sie waren an der Landungsstelle von Külli angelangt. Arnegger stand plötzlich wie aus der Erde gewachsen vor ihnen und hielt seine Matrosenmütze respektvoll in der Hand.

„Wo kommen Sie her, Arnegger?“ fragte Bardini freundlich.

„Ich habe einige Herrschaften nach Külli gefahren und will' zurück nach Brunn.“

„Leer?“

„Zu dienen.“

„So nehmen Sie uns mit.“

In Arneggers Augen blitzte es freundlich auf, und er eilte voraus, um sein Schiff bereit zu machen. Bardini und die beiden Damen folgten.

„Fahren Sie hinüber dem andern Ufer zu, daß wir nicht den Dampfer kreuzen,“ gebot Bardini, als sie im Schiff saßen, und Arnegger ruderte mitten in den See hinein.

Sein Schiff, „Die Schwalbe“ genannt, war nach Art der venetianischen Gondeln gebaut mit Längsfinnen und einem Querschiff unter einem Leinwandzelt, nur war es breiter und der helle, bunte Anstrich nahm ihm das jargähnliche, das den venetianischen Gondeln eigen ist.

Arnegger hatte seine Tade abgezogen und stand nun in Hemdsärmeln hinten auf dem Fahrzeug, nach der Art der Venetianer im Stehen rudierend. Pfeilsschnell schoß das Schiff dahin.

Bardini hatte sich den Damen vis-à-vis auf einem der Längsfinnen niedergelassen. Er hatte den Blick gesenkt und schien in Gedanken verloren.

(Fortsetzung folgt.)

Amtseinführung des Oberpräsidenten Dr. Lukaschek durch Minister Grzesinski

Abschied und Willkommen — Minister Grzesinski über die Ostpolitik und die Hilfe für Oberschlesien Das Programm des neuen Oberpräsidenten — Dr. Lukascheks Erklärungen im Spiegel der polnischen Presse

Der Festakt in Oppeln

Oppeln, 9. April.

Zur Einführung von Dr. Lukaschek in sein neues Amt als Oberpräsident traf am Dienstag Innenminister Grzesinski in Begleitung der Ministerialdirektoren Dr. Loehrs und Dr. Brand und Ministerialrat Dr. Hirschfeld in Oppeln ein. Um 11 Uhr hatten sich im großen Sitzungssaal des Regierungshauptgebäudes die Beamten, Angestellten und Arbeiter der Regierung des Oberpräsidiums und des Provinzialschulkollegiums vollständig eingefunden, so daß sich der Saal fast als zu klein erwies. Von der Provinz waren zu dem Festakt auch Landeshauptmann Dr. Piontek und Prälat Ulika erschienen, vom Oberpräsidium Vizepräsident Dr. Fischer, von der Regierung Vizepräsident Müller und vom Provinzialschulkollegium Vizepräsident Dr. Stielich und Oberschulrat Dr. Grabowski. In Begleitung des Innenministers und des scheidenden Oberpräsidenten erschien dann der neue Oberpräsident Dr. Lukaschek, gekleidet mit dem Eisernen Kreuz und der Rettungsmedaille. Die Feier, die durch den Breslau-Gleiwitzer Sender übertragen wurde, wurde eingeleitet durch die Ansprache des preußischen Innenministers, worauf Vizepräsident Dr. Fischer Worte des Abschieds an Dr. Proste und der Begrüßung an Dr. Lukaschek richtete. Nachdem sich Dr. Proste mit einer kurzen Ansprache verabschiedet hatte, ergriff der neue Oberpräsident Dr. Lukaschek zum ersten Male in dieser Eigenschaft das Wort.

Der scheidende Oberpräsident rief den Versammelten beim Verlassen des Sitzungszimmers ein herzliches „Auf Wiedersehen“ zu, das allseitig herzlich erwidert wurde.

Bereits um 13,52 Uhr verließ der preußische Staatsminister mit seiner Begleitung die Regierungshauptstadt wieder, um mit dem jahrplanmäßigen Schnellzug nach Berlin zurückzukehren, während Dr. Proste Oppeln bereits noch früher im Auto verlassen hatte.

Minister Grzesinski

Wenige Minuten nach dem scheidenden Oberpräsidenten Dr. Proste außerordentlich anerkennende Worte für seine 5-jährige erfolgreiche Tätigkeit als Oberpräsident der Provinz Oberschlesien und brachte zum Ausdruck, daß sich die preußische Staatsregierung der

Verdienste Dr. Prostes

im schwerer unruhiger Zeit, in der Zeit der Wirren und des darauf folgenden Aufbaues sehr wohl bewußt sei. Als Oberpräsident Dr. Proste im August 1923 auf den höchsten Posten seiner Heimatprovinz Oberschlesien berufen wurde, da sei Oberschlesien durch die Folgen des Friedensvertrages politisch und wirtschaftlich zermürdet und zerrüttet gewesen. Die Inflation mit ihren Schrecken habe damals eine verzweifelte Stimmung in der Bevölkerung geschaffen, die sich in blutigen Teuerungsunruhen Luft machte, so daß es fast unmöglich erschien, hier aufzubauen. In dieser verzweifeltsten Lage habe Dr. Proste Ruhe und Besonnenheit bewahrt und sei unverzüglich daran gegangen, den Boden vorzubereiten für den Aufbau in der neugeschaffenen preußischen Provinz. Ohne alle die Verdienste des scheidenden aufzählen zu wollen, sei doch auf ein Problem hingewiesen, das in Oberschlesien eine besondere Rolle gespielt hat und nicht zuletzt durch Dr. Proste vorbildlich gelöst und für das übrige Preußen vorbildlich geworden sei. Die Minderheitenbehandlung und die Frage der Minderheitsschulen.

Dr. Proste habe das Abkommen nicht nur dem Buchstaben nach erfüllt, sondern seine Arbeit darauf gerichtet, die polnische Minderheit in Westoberschlesien vor jeder auch nur scheinbaren Unterdrückung bewahrt, so daß die polnische Minderheit sich als polnischer Volksteil im preußischen Oberschlesien wohlfühle und sich immer mehr als Bestandteil des preußischen und deutschen Staates fühle.

Der Minister erinnerte dann daran, daß die Stadt Ratibor Dr. Proste das Ehrenbürgerrecht verliehen habe und verriefe ihn noch einmal, daß die Provinz Oberschlesien und vor allem auch die preußische Staatsregierung seine Verdienste um Oberschlesien niemals vergessen werde.

Begrüßung Dr. Lukascheks

Minister Grzesinski wandte sich dann an den neuen Oberpräsidenten Dr. Lukaschek und gab seiner Freude darüber Ausdruck, daß sich Dr. Lukaschek bereit erklärt habe, dem Ruf auf den Posten des Oberpräsidenten Folge zu leisten.

Dr. Lukaschek sei mit Oberschlesiens Leiden und Nöten besonders verknüpft und sein Name habe einen besonderen und guten Klang in Oberschlesien. Als Landrat und als Vertreter Deutschlands in der Gemischten Kommission und als Oberbürgermeister der größten und wichtigsten Industriestadt Oberschlesiens habe Dr. Lukaschek bewiesen, daß er auch unter schwierigen Verhältnissen seinen Mann zu stehen wisse und gerade für obererschlesische Verhältnisse ein warmes Herz und besonderes Verständnis habe. Die freudige Zustimmung, die seine Ernennung in den weitesten Kreisen der Bevölkerung gefunden habe, beweise, daß er schon das Vertrauen der Bevölkerung Oberschlesiens habe und es sei nur zu wünschen, daß er sich dieses Vertrauens durch seine Arbeit erhalten möge, denn es gebe in Oberschlesien immer noch genügend zu tun. Als Folge des Vertrages von Versailles sei nicht nur die Industrie Oberschlesiens, sondern auch die Landwirtschaft schwer betroffen, und es gelte nun, für Oberschlesiens Wirtschaft und Landwirtschaft neue Absatzgebiete zu schaffen.

Staat und Minderheiten

Dr. Lukascheks Erklärungen über seine künftige Tätigkeit

Der neue Oberpräsident Dr. Lukaschek, leitete seine Ansprache mit einem Dank an die preußische Staatsregierung für das ihm erwiesene Vertrauen ein und gelobte Treue zu halten dem deutschen Volkstum, dem Deutschen Reich und dem Freistaat Preußen. Er würdigte dann die Amtstätigkeit seines Vorgängers Dr. Proste

und führte dazu im einzelnen aus: In den Anfang Ihrer Amtszeit fällt die Errichtung der selbständigen Provinz Oberschlesien. Es ist nicht möglich, die Bedeutung dieser Ereignisse und Tatbestände in kurzen Worten erschöpfend darzulegen, es kann vielmehr nur der ganze Komplex zusammenschauend gesehen werden. Der hat bei Ihrem Amtsantritt das Bild des Chaos, heute dagegen ist Ordnung und System für jeden sichtbar zu erkennen. Ihre Handschrift ist überall erkennbar und wird es bleiben. Wir bitten Sie, uns von Ihrem neuen Amtssitz Ihre geistige Unterstützung zu widmen, denn Sie werden dem Westen unseres Vaterlandes besonders gut das Gewissen schärfen, nicht des Ostens zu vergessen, der jetzt so schwer um seine Existenz ringt und der ohne die geistige und materielle Hilfe des Westens den Kampf nicht bestehen kann.

Dr. Lukaschek gab dann

programmatische Erklärungen über seine künftige Tätigkeit.

Er erinnerte an die letzten zehn Jahre obererschlesischer Geschichte und u. a. auch an eine Zusammenkunft mit dem General Le Rond, der sich ihm und Ulika gegenüber über die Pflichten und die durch ihn für das Land angebotene Aera der Freiheit und Gerechtigkeit, wie er sie aufsaßte, äußerte. Das seien bittere Erinnerungen. Aber sie sind auch wieder verklärt durch die Erinnerung an den ungeheuren Opfermut, der dem Vaterlande dargebracht wurde in dieser Zeit, und an die Freunde. Die Toten reden mit ihren Namen Karl von Reichenstein, Thomas Szczeponik, Edwin Graf Henckel, Alzed Münzer ernt mir ins Gewissen: „Du Deine Pflicht“. Und die Lebenden sie fordern Dank und versprechen Hilfe in der Arbeit. Ich kann sie nicht alle mit Namen nennen; nur einige, die mir der Augenblick auf die Zunge drängt, ohne der anderen zu vergessen, seien genannt: Als erster und bester Ulika; dann Fürst Haxfeld, Moltke, Brauweiler, Göppert, Höfer, Graf Praschma, Dr. Spieder, Frisch, Urbanek, Franz Ehrhardt, van Husen und ungezählte andere.

Diese Erinnerung führt mich zuerst zu den Fragen des Volkstums und zu meiner

Stellungnahme der Minderheit

gegenüber. Sie ist gleich der meines Amtsvorgängers. Die Behandlung der Minderheit ist für mich eine Frage der Weltanschauung, unabhängig von ihrer Regelung durch Gesetzgebung. Nur, daß diese hier in Oberschlesien durch den Genfer Vertrag und die neue preußische Minderheitenverordnung mit meiner grundsätzlichen Anschauung gleichlaufend geregelt ist. Ich hole mir meine Anschauung darüber von Thomas von Aquin, und die Anschauungen, die Thomas Szczeponik in seinem Minderheitentestament niedergeschrieben hat, sind für mich heiligstes Vermächtnis. Ich habe stets danach gehandelt, und ich gedenke dabei in Ehrfurcht der Person des

Präsidenten Calonder,

der diese Anschauungen praktisch, von anderer Weltanschauung getragen, zu verwirklichen sucht und der mich in Zukunft stets auf dieser Linie finden wird.

Ich habe als Mitarbeiter des Präsidenten Calonder dahin gewirkt, daß der Staat sich nicht nur mit der Duldung der Minderheit Genüge getan sein lassen dürfe, sondern, daß er freies Bekenntnis zum Volkstum der Minderheit begründen müsse. Ich werde das jetzt in liberalster Politik wahr zu machen haben, und so z. B. es ehrlieh begrüßen, wenn die polnische Minderheit ihre Kinder in die Minderheitsschule schickt. Wie es der Preussische Staat bisher gehandhabt hat, Minderheitsschulen nicht zu schließen, auch wenn er formell nach dem Genfer Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, so werde ich gleichfalls in liberalster Auslegung der Genfer Konvention Politik treiben. Das Bekenntnis zur Minderheit ist und bleibt kein illoyales Verhalten dem Herbergsstaat gegenüber zu sein.

Die Minderheitenfrage ist im übrigen in Deutsch-Oberschlesien bei der weitaus überwiegenden Zahl der Bevölkerung ein besonder Ding, nicht mit demselben Maßstab zu messen wie in anderen Gebieten sprachlicher Mischung. Seiner Ansicht nach habe die Bevölkerung bei der Abstimmung sich auch von der Nichtstimmung sozialer und politischer Opposition leiten lassen, als sie polnisch stimmte.

Minister Grzesinski wandte sich dann dem Wiederaufbau Oberschlesiens

zu und führte dazu im einzelnen etwa folgendes aus: Viel ist schon im Laufe der letzten Jahre für den Wiederaufbau Oberschlesiens von der preußischen Staatsregierung in Verbindung mit der Reichsregierung unter der selbstverständlichen Mitwirkung der Provinz und der Kommunalverbände getan worden. Aber alle Hilfsmöglichkeiten finden ihre Grenzen in der durch die allgemeine Notlage des Staates bedingten Beschränkung der Mittel.

Die Blüdringung der Kultur in Oberschlesien geht nun einmal zur westlichen deutschen Kultur, geopolitisch dem Strom der Ober und nicht dem Weichselbogen folgend. Ich diese Anschauung aber richtig, so folgt daraus zwingend:

1. der Staat kann, abgesehen von der Weltanschauungsfrage, der Minderheit jede Freiheit gewähren, ohne die mindeste Gefährdung seines Bestandes fürchten zu müssen. Würde er Unterdrückung üben, so müßte er nur Opposition hervorrufen und das Gegenteil von dem erreichen, was er wollen muß.
2. Der Staat hat alles zu tun, um die Masse der Bevölkerung sozial zu heben, damit sie nicht wieder in soziale Opposition zum Staate kommen kann. Das heißt, der Staat, und ich als sein Exponent, muß, abgesehen von der Förderung der allgemeinen Wohlfahrtspflege, die Wirtschaft in jeder Form in Oberschlesien in ihrem Bestande zu erhalten trachten und sie ausbauen. Die Probleme der schlechten Verkehrs-lage und der Folgen eines Handelsvertrages sind gar zu bekannt, als daß ich mich darüber zu verbreitern brauchte. Daß mein Amtsvorgänger der erste in Deutschland war, der das sogenannte Ostprogramm aufstellte, sei hier noch besonders vermerkt.
3. Der Staat muß alles zur Pflege der Kultur des Landes tun, umso mehr und leichter, als das Gesicht dieser Kultur nach Deutschland gerichtet ist. Das wird vornehmste Pflicht für mich sein. Sie wissen, daß ich in der Abstimmungszeit schon auf dieser Grundanschauung ruhte und mit diesem, uns damals allein zur Verfügung stehenden wirksamen Verteidigungsmittel den Abstimmungstampf geführt habe.

Hier anzuknüpfen ist mir vollste Herzenssache, und ich will alle Gebiete der freien Bildungspflege und der Schule fördern, ohne jede Engherzigkeit und Voreingenommenheit. Dazu gehört aber auch die Förderung der Kirche.

Auf die Dauer wird das deutsche Volkstum hier nur siegen, wenn seine Ideenkraft, sein Kulturwille sich stets ebenso als der stärkere erweist, wie er sich in der Abstimmungszeit als solcher erwiesen hat. Der materielle Wohlstand ist schließlich nicht entscheidend.

Wenn ich dies hier alles aufzählte, so will ich damit etwa nicht sagen, daß das früher nicht auch schon erkannt und danach gehandelt worden sei. Kein Mensch weiß mehr wie ich, der fast jeden Stein in Oberschlesien kennt, daß auch

jeder Stein in Oberschlesien „Preußen“ schreit und die Bevölkerung in hoher Achtung vor dem Preussischen Staate steht.

Aber der alte Preussische Staat von 1806 war doch im Empfinden des Volkes mehr der Ausdruck des zur Tat gewordenen „kategorischen Imperativs“ Immanuel Kants; den ehrt man, vielleicht liebt man ihn aber nicht in gleichem Maße. Wenn es uns gelingt, mit unserer Verwaltungstätigkeit dem Volke zur Erkenntnis zu bringen, daß sie aus Liebe zum Volke geboren ist, dann ist der Sieg für ewig errungen.

Noch

ein Wort meinem künftigen Mitarbeitern

in der Beamtenenschaft. Ich weiß, welche hohe sittliche Kraft im preussischen Beamtentum steckt und weiß, daß ich ohne ihre Mitarbeit nichts leisten kann. Ich bitte Sie, mir Ihr Vertrauen zu schenken.

Lassen Sie mich noch einmal zum Schluß die gesamte Bevölkerung und vor allem auch die Presse, die mir stets Freund war, um ihre Hilfe und ihr Vertrauen bitten.

Der neue Oberpräsident, als einer der besten Kenner der obererschlesischen Minderheitenfrage bekannt, hat sich mit seiner programmatischen Erklärung über die Behandlung der polnischen Minderheit nicht nur, wie selbstverständlich, auf den Boden des Genfer Abkommens gestellt, sondern seine Stellungnahme noch darüber hinaus in so freimütiger Weise offengelegt, daß man auf das Echo diesseits und jenseits der Grenze gespannt sein kann. Die Erklärungen Dr. Lukascheks liegen haarsträubend in der Linie der durch das Minderheitsschulgesetz festgelegten preussischen Polenpolitik; sie dürfen uns aber nicht vergessen lassen, daß das Äquivalent dieser Politik, nämlich die entsprechend loyale und großzügige Behandlung der deutschen Minderheit in Ost-oberschlesien bisher ausgelassen ist und auf sich warten lassen wird, wie vorsichtig und liebevoll auch immer die polnische Minderheit preussischerseits behandelt werden mag.

Ich habe auch hier in Oberschlesien schon wie an anderen Stellen immer wieder betont, daß Oberschlesiens Not nur behoben werden kann, wenn man systematisch die Folgen des Krieges im gesamten Osten planmäßig bekämpft. Man konnte mit Zug und Recht den deutschen Osten vor dem Krieg als ein zusammenhängendes Wirtschaftsgebiet ansehen, dessen Produktion im Osten seine natürlichen Absatzgebiete hatte. Die Folgen des Krieges haben all das zerstört, haben nicht nur kulturelle und politische Zusammenhänge aufgehoben, sondern auch durch die wirtschaftlichen Umwälzungen in Deutschland den innerdeutschen

Wirtschaftsmarkt für den Osten zum Teil versperret und nur schwer zugänglich gemacht. Erschwerend kommt hinzu, daß schon in Vorkriegszeiten der deutsche Osten kulturell und wirtschaftlich zu kämpfen hatte.

Die preußische Staatsregierung ist seit Jahren bemüht, den Osten und dabei natürlich auch besonders Oberschlesien zu betreuen. Für all das, was direkt auf die Folgen des verlorenen Krieges zurückzuführen ist, muß nach Lage der Dinge zunächst einmal das Reich, das ist die Gesamtheit Deutschlands, einpringen. Hier heißt es selbstverständlich: Alle für einen!

Aber über diese Maßnahmen des Reiches hinaus wird Preußen sich mit allen verfügbaren Mitteln dafür einsetzen, daß dem Osten beim Wiederaufbau seiner Wirtschaft geholfen wird.

Und wenn sich im steigenden Maße in Politik und Wirtschaft die Erkenntnis durchgesetzt hat, daß im Interesse Deutschlands der Osten nicht verloren gehen darf, so ist das nicht zuletzt dem Wirken der preußischen Staatsregierung und der preußischen Verwaltungsbehörden zu danken. Hand in Hand mit den Maßnahmen des Reiches als Schadenersatz für die Schäden als Folgen des Kriegsausganges, mit den Maßnahmen, die Preußen aus eigenem darüber hinaus trifft, muß aber gehen

die Selbsthilfe der Wirtschaft und der Kommunen, ohne die jede Unterstützung fruchtlos sein wird. Ich weiß, daß hier in Oberschlesien in allen Schichten der Bevölkerung der Wille zum Aufbau der Heimatprovinz stark und deutlich zum Ausdruck gekommen ist. Trotz schwerster Notjahre sind überall Anzeichen zu neuem Blühen, zu neuem Aufschwung vorhanden. Gewiß sind das nur Anzeichen, die erst die Hoffnung auf kommende bessere Zeiten berechtigen. Aber wo der Wille ist zu produktiver Arbeit, wo die Bereitwilligkeit vorhanden ist, auch unter schweren Opfern sich umzustellen, da wird sich auch ein Weg finden lassen.

Der Minister deutete dann noch das Problem der Neugliederung des Industriegebietes

an und sagte dazu u. a.: Sie haben als Oberbürgermeister von Hindenburg in der letzten Zeit Ihrer Amtstätigkeit eine Aufgabe in Angriff genommen, die von Ihrer Unvoreingenommenheit und Großzügigkeit, Ihrem nur auf das Ganze gerichteten Blick Zeugnis ablegt. Ich habe den Wunsch, daß es Ihnen gelingen möge, diese — aus allzu örtlichen Gesichtspunkten leider nicht überall gebilligte — von Ihnen in Aussicht genommene und durchaus zu begrüßende Art neuen kommunalen Zusammenarbeitens im Süden von Oberschlesien in Ihrer neuen höheren Stellung durchzuführen.

Mit einem Glückwunsch zur Arbeit für Deutschland schloß der Minister seine Rede.

Als nächster Redner nahm dann

Vizepräsident Dr. Fischer

zunächst Abschied von Oberpräsident Dr. Proste und entbot dann dem Minister des Innern den Gruß aller Mitarbeiter des Oberpräsidiums, des Provinzialschulkollegiums und der Regierung.

Oberpräsident Dr. Proste verdiente den Dank aller seiner Mitglieder dafür, daß er als Leiter der Behörde stets ein gültiger und verständnisvoller Vorgesetzter gewesen sei, ferner, daß er allen bei dem Streben, dem Staate und Volke zu dienen, ein anspornendes Vorbild war. Alle Mitarbeiter empfanden es mit freudiger Genugtuung, daß Dr. Proste am Ende seiner Tätigkeit auf viele Erfolge zurückblicken könne. Ihr Wunsch gehe dahin, daß Dr. Proste am Rhein viele Jahre erfolgreicher Tätigkeit in voller Gesundheit befehlen sein mögen. Vizepräsident Dr. Fischer begrüßte dann den neuen Oberpräsidenten Dr. Lufaschek, und hieß ihn im Namen aller zukünftigen Mitarbeiter und Behörden herzlich willkommen. Er schloß seine Ansprache mit folgender Versicherung: Ich, darf Ihnen die Versicherung abgeben, daß die Gesamtheit der Ihnen unterstellten Beamten, Angestellten und Arbeiter ernstlichen Willens ist, unter Ihrer Führung wie bisher mit allen ihren Kräften dem Staate und dem Volke zu dienen. Mit dem heißen Wunsche, daß diese unsere gemeinsame Arbeit für Staat und Volk zum Segen gereichen möge, heiße ich Sie im Namen aller hier Anwesenden herzlich willkommen.

Dr. Proste

stattete dann dem Minister des Innern seinen Dank für die lobenden Worte der Anerkennung seiner Amtstätigkeit in Oberschlesien ab und betonte, daß er sich wohl bewußt sei, daß es nur die selbstverständliche Pflicht eines Mannes und Beamten sei, nach bestem Können sein Amt zu verwalten. Wenn ihn auch nach den Anerkennungen von amtlich höchster Stelle das Gefühl einer gewissen Befriedigung beherrsche, so stehe doch das

Gefühl der Dankbarkeit

im Vordergrund, der Dankbarkeit an das Staatsministerium

Polnisches Echo auf Dr. Lufaschets Programm

Die liberale deutsche Minderheitenpolitik ist manchem ein Dorn im Auge

Die Rede des preußischen Innenminister Grzesinski und des neuen Oberpräsidenten von Deutsch-Oberschlesien, Dr. Lufaschek, bei der Amtseinführung des Letzteren, werden in der polnischen Presse überwiegend in sehr korrekter Form wiedergegeben. Die Berichte der polnischen Telegraphenagentur und eines zweiten polnischen Nachrichtenbüros in Berlin, heben die Versicherung des guten Willens dieser hiesigen Beamten zur Durchführung der Genfer Konvention und des neuen preußischen Minderheitenschieds hervor. Einige Blätter können allerdings päbelhafte Angriffe gegen den preußischen Innenminister und den Oberpräsidenten Dr. Lufaschek auch bei diesem Anlaß nicht verneinen. Es ist aber bezeichnend, daß auch die Berichterstatter des „Czypcyk Poranny“ und des „Kurjer Warszawski“ sich auf beleidigende Ueberschriften und Kommentare beschränken müssen, während sie an dem Text der Doppelher Reden, trotz offensichtlicher Mähe darum, nichts auszusetzen fanden, außer der Bemerkung Grzesinskis, daß die polnische Minderheit sich in Preußen gekümmert fühle und dem historischen Rückblick Lufaschets auf die Zeit der Kämpfe um Oberschlesien.

Bei dieser Gelegenheit seien übrigens noch einige grundsätzliche Worte des neuen Oberpräsidenten über seine Stellung zur Minderheitenfrage nachgetragen. Oberpräsident Dr. Lufaschek erklärte:

„Ich habe als Mitarbeiter des Präsidenten Calonder dahin gewirkt, daß der Staat sich nicht mit der Duldung der Minderheit genüge getan sein lassen dürfe, sondern daß er freies Bekenntnis zum Volkstum der Minderheit begründen müsse. Ich werde das jetzt in liberaler Politik wahrzumachen haben und so z. B. es ehrlich begrüßen, wenn die polnische Minderheit ihre Kinder in die Minderheitsschule schickt. Wie es der preußische Staat bisher gehandhabt hat, Minderheitsschulen nicht zu schließen, auch wenn er formal nach dem Genfer Vertrag dazu berechtigt gewesen wäre, so werde ich gleichfalls in liberaler Auslegung der Genfer Konvention Politik treiben. Das Bekenntnis zur Minderheit ist und braucht kein illogisches Verhalten dem Herbergsstaat gegenüber zu sein.“

besonders auch an den früheren Innenminister Severing, der Dankbarkeit an den Provinzialausschuß und an den jetzigen Innenminister. Herzlichen Dank empfinde er auch allen Mitarbeitern gegenüber, ohne deren Fleiß und Tüchtigkeit es ihm nicht möglich gewesen sei, seine Aufgaben zu lösen. Besonderen Dank verdiene aber auch die gesamte Bevölkerung für die wohlwollende Gesinnung, die ihm von den weitesten Kreisen entgegengebracht worden sei, und er benutze gern die Gelegenheit, für die Mitarbeit und Unterstützung durch die Provinz, Kreise und Gemeinden, durch die Vertreter der Wirtschaft und Kultur und durch die Reichs- und Staatsbehörden ausdrücklich zu danken. Auch in seiner neuen Heimat werde er an dem Geschehen in Oberschlesien stets regen Anteil nehmen.

Dr. Proste begrüßte dann seinen Amtsnachfolger Dr. Lufaschek und sprach die besten Wünsche für dessen zukünftige Amtstätigkeit aus.

Wann finden die Wahlen für den Schlesienschen Sejm statt?

Die neue Wahlordnung zum Schlesienschen Sejm ruht ganz gemütlich in einer Aktenmappe des polnischen Senats in Warschau und abgesehen von der schlesischen Bevölkerung wurde sie von allen vergessen. Die Regierung scheint sich für diese Sache überhaupt nicht zu interessieren und erst der Warschauer Sejm mußte sie daran erinnern, dem sie auch die Erledigung der Wahlordnung für den Schlesienschen Sejm überließ. Schon der Senat machte Schwierigkeiten und der Justizminister Carr erklärte auf Befragen, daß ihm die Stellungnahme der Regierung zu der schlesischen Wahlordnung unbekannt ist. Durch die plötzliche Schließung der Sejmession ist die Sache ganz eingeschlafen und es bleibt nichts anderes übrig als zu warten. Heute ist es bereits klar, daß die Regierung nichts unternommen wird, um die Sache in Fluß zu bringen, eher ist mit einer weiteren Verschleppung dieser Angelegenheit zu rechnen. Wie stehen die Dinge gegenwärtig da? Wir stehen mitten drin in einer Regierungskrise. Die neue Regierung dürfte zwar bald gebildet werden, aber das Verhältnis zwischen Regierung und Sejm bleibt nach dem letzten Artikel des Marschalls Pilsudski weiterhin sehr gespannt und an ein harmonisches Zusammenarbeiten kann gar nicht gedacht werden. Es muß selbst mit einer Auflösung des Warschauer Sejms gerechnet werden. Trifft das ein, dann sind die Wahlen für den Schlesienschen Sejm auf lange Zeit hinausgeschoben, weil die Wahlordnung durch den Senat

Das Echo der ober-schlesischen Lokalpresse auf diese offene und mannhaften Worte von deutscher verantwortlicher Stelle ist bezeichnend genug. Wer das Triumphgeschrei der polnischen Presse vor zwei Jahren beim Ausschleiden des Landrats Dr. Lufaschek aus seiner damaligen Stellung als Mitglied der Gemischten Kommission für Oberschlesien noch in Erinnerung hat, wird sich kaum darüber wundern, daß dieselbe Presse höflich und abfällig über die gestrige Einführung Dr. Lufaschets in seine neue Stellung als Oberpräsident der Provinz Oberschlesien in Doppelher berichtet. Ueber die Stellung des neuen Oberpräsidenten gegenüber den polnischen Minderheiten Deutsch-Oberschlesiens, finden wir in der „Polska Zachodnia“ folgendes Etablierte:

„Die Reden des preußischen Innenminister Grzesinski, sowie des neuen Oberpräsidenten Dr. Lufaschek stellen eine neue Propaganda falscher Phrasen (!) über das Thema der vorbildlichen preußischen Minderheitenpolitik dar. Dr. Lufaschek verstieg sich so weit, die von ihm beabsichtigte Minderheitenpolitik mit den Grundsätzen des hl. Thomas von Aquinas zu vergleichen. Diese schmachlose Pöse (!) eines kompromittierten Menschen ist die Charakteristik des neuen Oberpräsidenten des Doppelher Bezirkes. Die dortige polnische Bevölkerung wird in diesem neuen Führer einen geschickten und raffinierten Gegner (?) haben, dessen abgedeckte Schachzüge und Schläge sie bald zu spüren bekommen wird.“

Die „Polonia“ berichtet zunächst über die Einführung sachlicher Weise über die Rede Grzesinskis, bezeichnet jedoch die Einführungsrede Dr. Lufaschets als Provokation (!?). Korrespondent Orgon erwidert in dieser Rede einen Beweis dafür, daß die Deutsch-Oberschlesien eine neue Aera beginnt, nämlich eine gesteigerte versteckte „Germanisation“.

Man kann über die Verdächtigungen der beiden Blätter durchaus zur Tagesordnung übergehen. Ihre Methode der politischen Beurteilung ist als Ablenkungsmanöver zu durchsichtig, um noch ernstgenommen zu werden.

nicht erledigt wird. Wenn selbst der Sejm für eine kurze Session vor der Auflösung einberufen werden sollte, so wird der Senat alles machen, um die Erledigung der Wahlordnung für Schlesien zu verhindern. Das geht klar aus seiner Einstellung zu dieser Frage bei der letzten Session des polnischen Senats hervor. Die Sache kommt erst dann so richtig in Fluß, wenn die neue Regierung mit dem Sejm zusammenarbeiten will. Erst in diesem Falle gelangt die schlesische Wahlordnung durch den Senat zur Erledigung. Geht also alles glatt von statten, so werden die Sejmwahlen in der schlesischen Wojewodschaft im kommenden Herbst oder im Winter stattfinden. Früher ist damit gar nicht zu rechnen.

Wenn wir über die künftigen Wahlen zum Schlesienschen Sejm sprechen, so dürfen wir die Stimmung der schlesischen Sanatoren zu dieser Frage nicht vergessen. Die Warschauer Regierung hat ihre Vertrauten in Schlesien und richtet sich nach ihrer Wünschen. Kann die schlesische Sanacja die Sejmwahlen in der schlesischen Wojewodschaft wünschen? Sie befindet sich im Zerfall und verliert täglich an Anhänger. Die Korstanten, die N. P. R. und die P. P. S., treiben ihr ihre Anhänger ab. Da ist doch sonnenklar, daß sie aus den Wahlen nicht als Siegerin hervorgehen wird, sondern als Besiegte. Für eine Sejm in dem sie keine Mehrheit haben wird, hat sie kein Interesse und gerade diesem Umstande ist es zuzuschreiben, daß die Erledigung der Wahlordnung im Senat verschoben wurde. Die schlesische Sanacja will nicht in den Wahlkampf ziehen, weil sie weiß, daß ihr hier kein Sieg blüht. Wir müßten also mit einer langen Hinausschiebung der Wahlen zum Schlesienschen Sejm rechnen und zwar selbst dann, wenn die Wahlordnung zum Schlesienschen Sejm durch den Senat erledigt werden sollte. Wir wissen schon aus Erfahrung, daß die Organische Statut ebensomenig für die Sanacja bindend wie die polnische Verfassung für die Regierung.

Ein zollpolitisches Trauerspiel

Unsere Zollbehörden an der deutsch-polnischen Grenze haben es zur Zeit besonders auf die Jugend abgesehen, die bei ihren Eltern in Polnisch-Oberschlesien wohnt, in Deutsch-Oberschlesien aber zur Schule geht. Vor einigen Monaten trat ein polnischer Zollinspektor aus Galizien an die Spitze des polnischen Zollamtes in Beuthen. Seitdem werden dort Maßnahmen getroffen, die zu unerträglichen Schikanen führen und führen müssen. Die deutsche Schulanfänger in Beuthen besuchenden deutschen Kinder der aus Polnisch-Oberschlesien im vergangenen Winter leicht erkennbare alte Schlittschuhe über die Grenze nahmen, weil ein Schulausflug geplant war, ließ man sie auf dem Hinwege nach Beuthen passieren, verlangte aber auf dem Rückwege die Zollung der als alte Sachen leicht erkennbaren Schlittschuhe.

Nun hat die Bürokratie des neuen polnischen Zollinspektors in Beuthen in diesen Tagen eine ganz besondere Erfindung gemacht. Alle Schulkinder durften bisher ungehindert ihre polnischen Schülermützen über die Grenze nach Polnisch-Oberschlesien nehmen. Man interessierte sich zwar dafür, ob ein Kind zum Besuch einer deutschen Lehranstalt auf deutschem Gebiet berechtigt ist oder nicht, kümmerte sich aber nicht um das Schuttmaterial einschließlich der üblichen Schülermütze. Auch bei diesjährigen Osterferien kauften sich die Schüler aus Polnisch-Oberschlesien die ihnen zuzurechnenden Mützen. Die vorgelegten polnischen Zollbeamten ließen sie anstandslos passieren. Als sie von Unterbeamten darauf hingewiesen wurden, daß es augenscheinlich um neue Mützen handelt, winkten die polnischen Oberbeamten ab und ließen die Kinder passieren. Rahezu zwei Wochen später aber, also in diesen nachösterlichen Tagen, erließen die Zollbeamten urplötzlich, daß die inzwischen verregneten und alt gewordenen Mützen verzollt werden müßten. Wer beschrieb den Schreck der Kinder, als sie hören mußten, daß ihre Mütze nicht weniger als 6,40 Zloty (um recht deutlich zu sein sei es wiederholt: Sechszehn Groschen) Zollgebühr bezahlen werden müßten. So viel Geld hat ein Schulkind natürlich nicht bei sich. Es kam bei diesem gesundheitsgefährlichen Aprilwetter ohne Kopfbedeckung heim und hinterließen die Mütze in Deutsch-Oberschlesien, um erst die Eltern um Rat zu fragen. Um das zollpolitische Trauerspiel zu krönen, sei abschließend noch erwähnt, daß von den polnischen Zollbeamten den Kindern erklärt wurde, daß sie die Dittung über die Verzollung der Mützen im. r. r. r. sich tragen müßten, um sich jederzeit ausweisen zu können. Wenn dieses System weiter getrieben wird, muß jedes Schulkind ein ganzes Archiv mit sich führen. Denn mit dem gleichen Rechte könnte man ja auch für alle anderen getragenen Kleidungsstücke Ausweispapiere verlangen! Uns scheint, daß sich hier St. Petersburg einen besonders schlechten Biß erlaubt hat.



Das deutsche Dorf

Eine Auswahl charakteristischer Aufnahmen von Wohnstätten der deutschen Landbevölkerung. Oben links: alte Kaste in Schleswig-Holstein; oben rechts: Dorfstraße in Ober-Bayern; unten links: Bauernhof auf Rügen; unten rechts: Ansicht aus einem schlesischen Dorf.

Bahn. Das Fuhrwerk wurde vollständig demoliert. Der Fuhrmann rettete sich durch rechtzeitiges Abpringen.

Anbringung von Straßen-Papierkörben. Der Magistrat in Kattowitz hat für die Großstadt Kattowitz weitere Straßen-Papierkörbe angeschafft, welche zum größten Teil an den verkehrsreichsten Straßen der Stadt angebracht worden sind.

Republik Polen

Alter schützt vor Torheit nicht.

Der Lodzer Großindustrielle Karl v. Scheibler sen. und seine Sekretärin.

Am 5. d. Mts. besaßte sich die Zivilabteilung des Lodzer Bezirksgerichts mit der Angelegenheit der Schauspielerin Lina Hefz gegen den Lodzer Großindustriellen, Herrn Karl v. Scheibler sen. auf Zahlung von 17 250 Rmk. Der Angelegenheit liegt folgender Sachverhalt zugrunde: Herr Karl v. Scheibler sen. lebt seit einer Reihe von Jahren im Auslande. Obzwar er nicht mehr jung ist (er zählt bereits gegen 70 Jahre), so behagte ihm die Stille der Einsamkeit dennoch nicht. Trotz seiner weißen Haare empfand er noch Sehnsucht nach einem weiblichen Wesen. Und da dem alten Herrn für seine persönlichen Bedürfnisse nichts zu teuer ist, entschloß er sich, eine persönliche „Sekretärin“ anzustellen. So lernte Herr v. Scheibler vor einigen Jahren in Berlin die Schauspielerin Fräulein Lina Hefz kennen, die sich einverstanden erklärte, ihm als Sekretärin Gesellschaft zu leisten. Auf ausdrückliches Verlangen des Herrn v. Scheibler kaufte die Klägerin in Berlin die Schauspielerin Fräulein Lina Hefz kennen, die sich einverstanden erklärte, ihm als Sekretärin Gesellschaft zu leisten. Auf ausdrückliches Verlangen des Herrn v. Scheibler kaufte die Klägerin in Berlin die Schauspielerin Fräulein Lina Hefz kennen, die sich einverstanden erklärte, ihm als Sekretärin Gesellschaft zu leisten. Auf ausdrückliches Verlangen des Herrn v. Scheibler kaufte die Klägerin in Berlin die Schauspielerin Fräulein Lina Hefz kennen, die sich einverstanden erklärte, ihm als Sekretärin Gesellschaft zu leisten.

Dreifacher Raubüberfall auf einen Güterzug.

In der Nähe von Lemberg wurde vorgestern nacht auf einen nach Rumänien abgehenden Güterzug ein dreifacher Raubüberfall unternommen, der aber zum Glück vereitelt werden konnte. In der Nähe von Kulparkowo an der Linie Lemberg-Stanislaw sprangen zwei mit Brecheisen bewaffnete Banditen auf die Plattform eines mit Seide beladenen Waggons und sängen an, die Waggontüren aufzubrechen. Ein Bremser hatte die Räuber bemerkt und wollte sie verscheuchen. Diese aber warfen sich auf ihn und brachten ihm mehrere ernsthafte Wunden mit den Brecheisen bei. Es entwickelte sich auf der schmalen Plattform ein Kampf auf Leben und Tod. Erst als der Zug sich einer Station näherte und seine Fahrgeschwindigkeit verlangsamte, ließen die Banditen von ihrem Opfer ab und entflohen. Der sehr schwer verletzte Bremser, Stanislaw Kopacz, mußte nach einem Spital gebracht werden. Es wurde eine energische Untersuchung eingeleitet, um die Täter zu ermitteln.

Lemberg. Ein schreckliches Blutbad hat am vergangenen Sonntag, der bei seinen Schwiegereltern im Dorfe Kadowice, Kreis Lemberg, wohnhafte 27-jährige Antoni Bandarowski angerichtet. Während eines Streites mit seiner Schwiegermutter war er so in Wut geraten, daß er einen Revolver zog und blindlings auf sich schob. Als ihm die Kugeln ausgegangen waren, ergriff er ein großes Schlachtmesser und warf

Sie fuhren die Diebesbeute mit dem Rollwagen ab

Wie seinerzeit berichtet, wurden durch mehrere Monate hindurch in der Koszliner Brauerei Haserdiebstähle ausgeführt, ohne daß es gelang, die Schuldigen zu fassen. Im Monat Januar wurde die Kattowitzer Kriminalpolizei davon in Kenntnis gesetzt, daß der Dieb unter der dortigen Arbeiterschaft zu suchen sei. Die eingeleiteten Untersuchungen ergaben, daß als Täter die drei Brüder Josef, Ludwig und Johann Saueremann aus Bogutschütz in Frage kamen. Den darauffolgenden Tag gelang es, die beiden Erstgenannten festzunehmen, während Ludwig Saueremann nach Frankreich flüchtete. Die beiden Arrestierten wurden in das Kattowitzer Gerichtsgewandnis eingeliefert. In der gleichen Angelegenheit wurden ein gewisser Wilhelm St. und Anton K. aus Bogutschütz ermittelt, welche mehrere Säcke Hafer verkaufte. Am letzten Dienstag hatten sich die 4 Personen vor der Strafabteilung des Landgerichts in Kattowitz zu verantworten. Aus der Anklage war nachstehendes zu entnehmen: Josef Saueremann, welcher bei der genannten Brauerei als Arbeiter beschäftigt war, stahl gemeinsam mit seinen beiden Brüdern Johann und Ludwig in den Monaten Juni bis November

vergangenen Jahres aus einem offenen Schuppen der Koszliner Brauerei insgesamt 84 Säcke Hafer. Während der Arbeitszeit verfrachtete Josef S. das Diebesgut in Säcke, welches dann in den Abendstunden mittels einem gemieteten Rollwagen für den „Bestimmungsort“ abgeholt wurde. Der Portier, welcher der Ansicht war, daß es sich in diesen Fällen um geschäftliche Ausgänge handelte, ließ das Gepann ungehindert passieren. Vor Gericht waren die beiden angeklagten Brüder geständig und führten aus, von ihrem geflüchteten Bruder Ludwig zu dem fraglichen Diebstahl verleitet worden zu sein. Nach einer längeren Beratung wurden die beiden Angeklagten bei Berücksichtigung mildernder Umstände zu einer Gesamtstrafe von je 6 Monaten Gefängnis verurteilt. Die Untersuchungskosten von 3 Monaten wurde angerechnet. Auf die Reststrafe wurde den Beklagten eine dreijährige Bewährungsfrist gewährt. Die übrigen Angeklagten mußten mangels genügender Beweise freigesprochen werden. Der Antrag des Staatsanwalts lautete für die beiden Brüder auf eine Zuchthausstrafe von je 1 1/2 Jahren.

sich auf seine Familienangehörigen. Seinen Schwiegervater, die Schwiegermutter und die eigene Frau hatte er dabei so sehr schwer verwundet, daß sie in bedenklichem Zustande nach dem Krankenhaus übergeführt werden mußten. Als auf die Hilfeleistung der Verletzten die Nachbarn zusammenriefen, floh Bandarowski auf das Feld. Die Verfolgung durch die Polizei hatte bis zur Stunde noch keinen Erfolg.

Deutsch-Oberschlesien

44 406 Neubauwohnungen in Oberschlesien von 1919 bis 1928.

Nach den amtlichen Feststellungen sind in den Nachkriegsjahren von 1919 bis 1928 in Oberschlesien insgesamt 44 406 Neubauwohnungen baupolizeilich abgenommen worden, davon in den Stadtkreisen 17 949 und in den Landkreisen 26 457, in einzelnen im Stadtkreis Beuthen 2772, Gleiwitz 5172, Hindenburg 4319, Reife 1469, Oppeln 2657, Ratibor 1560, in den Landkreisen Beuthen 2274, Cosel 2042, Falkenberg 1168, Gleiwitz 2237, Groß-Strehlitz 1689, Grottkau 742, Guttenberg 683, Kreuzburg 1585, Leobschütz 2177, Reife 1375, Neustadt 2675, Oppeln 4647, Ratibor 1827, Reichenberg 1336 Neubauwohnungen.

Die größte Bautätigkeit entwickelte die Stadt Gleiwitz mit insgesamt 5172 Wohnungen, davon 1927 mehr als 1000. Im Jahre 1928 wurden insgesamt 8412 Wohnungen gebaut, davon in den Stadtkreisen 3192 Wohnungen in 778 Gebäuden, und in den Landkreisen 5220 Wohnungen in 4310 Gebäuden.

Nach den Ergebnissen des Jahres 1928 betrug die Zahl der Kleinhäuser mit ein bis zwei Wohneinheiten und höchstens vier Wohnungen von der Gesamtzahl der neugebauten Wohngebäude für ganz Oberschlesien 87,7 Prozent, für die Landkreise allein 96,3 Prozent und für die Stadtkreise 55,6 Prozent. Die Zahl der Wohnungen in neuen Wohngebäuden, gruppiert nach Bauherren, ist errichtet worden zu 10 Prozent durch öffentliche Körperschaften und Behörden, zu 25 Prozent durch gemeinnützige Bauvereinigungen und zu 65 Prozent durch private Bauherren.

Was der Rundfunk bringt.

Kattowitz — Belle 416.

Freitag. 16: Schallplattenkonzert. 17.25: Ueberrtragung aus Wilm. — 17.55: Nachmittagskonzert. — 19.10: Vorträge. 20.15: Symphoniekonzert von Warschau. Anschließend Berichte und Plauderei in französischer Sprache.

Sonnabend. 12.10 und 16: Schallplattenkonzert. 17: Musikunterricht. 17.25: Für die Kinder. 19.10: Vortrag. 19.35: Rezitationsstunde. 20: Vortrag. 20.30: Abendprogramm v. Warschau.

Warschau — Belle 1415.

Freitag. 12.10: Schallplattenkonzert. 17.00: Vorträge. 17.55: Unterhaltungskonzert. 19.10: Vorträge und Berichte. 20.15: Konzert der Warschauer Philharmonie.

Sonnabend. 12.10: Schallplattenkonzert. 15.10: Vortrag in der Abteilung Geschichte. 15.50: Schallplattenkonzert. 17.00: Vorträge. 17.55: Kinderstunde. 19.10: Radiochronik. 20.00: Vortrag. 20.30: Abendkonzert. 22.30: Tanzmusik.

Gleiwitz Belle 326.4.

Breslau Belle 321.2.

Allgemeine Tageseinteilung.

11.15: (Nur Wochentags) Wetterbericht, Wasserstände der Oder und Tagesnachrichten. 12.20—12.55: Konzert für Versuche und für die Junkindustrie auf Schallplatten. *) 12.55 bis 13.06: Raucner Zeitzeichen. 13.06: (nur Sonntags) Mittagsberichte. 13.30: Zeitanzeige, Wetterbericht, Wirtschafts- und Tagesnachrichten. 13.45—14.35: Konzert für Versuche und für die Junkindustrie auf Schallplatten und Junkwerbung. *) 15.20—15.35: Erster landwirtschaftlicher Preisbericht und Pressenachrichten (außer Sonntags). 17.00: Zweiter landwirtschaftlicher Preisbericht (außer Sonntags und Sonntags). 19.20: Wetterbericht, 22.00: Zeitanzeige, Wetterbericht, neueste Pressenachrichten, Junkwerbung *) und Sportfunk. 22.30—24.00: Tanzmusik (eine bis zweimal in der Woche).

*) Außerhalb des Programms der Schlesischen Funkstunde A-G.

Freitag. 16: Stunde und Wochenschau des Hausfrauenbundes Breslau. 16.30: Unterhaltungskonzert. 18: Schlesische Arbeitergemeinschaft „Wochenende“. 18.15: Abt. Filmwesen. 18.40: „Ernährung, Sport, Gebiß“. 19.05: Stunde der Deutschen Reichspost. 19.25: Wetterbericht. 19.25: Englische Leseliste. 19.50: Hans Bredow-Schule, Abt. Naturwissenschaft. 20.15: Ueberrtragung aus Gleiwitz: Fidiokonzert. 20.50: Mensch im Eisen. 21.30: Rund um Europa. 22: Die Abendberichte und Abt. Handelslehre.

Sonnabend. 15.45: Stunde mit Büchern. 16.15: Beliebte Märsche und Walzer. 17.45: Die Filme der Woche. 18.20: Zehn Minuten Esperanto. 18.30: Ueberrtragung von der Deutschen Belle Berlin: Hans Bredow-Schule, Abt. Sprachkurse. 19.50: Hans Bredow-Schule, Abt. Geschichte. 20.15: Theater im Theater. 22: Die Abendberichte. 22.30: Ueberrtr. aus Berlin: Tanzmusik.

Verantwortlicher Redakteur: Reinhard Mai in Kattowitz. Druck u. Verlag: „Vita“, naklad drukarski, Sp. z ogr. odp. Katowice, Kościuszki 29.



Die neuen Allstein Mode Alben für Frühjahr u. Sommer sind heraus!

Anzeiger für den Kreis Pleß

Den Deutschen Rundfunk

unentbehrlich für Radiohörer können Sie bei uns abonnieren und auch einzeln kaufen

„Anzeiger für den Kreis Pleß“

Künstler-Postkarten

in großer Auswahl „Anzeiger für den Kreis Pleß“

Inserate in dieser Zeitung haben Erfolg!

Wir empfehlen unserer geehrten Kundschaft unser reichhaltiges Lager an:

Glückwunschkarten

- für jede Gelegenheit
- Kondolenz-Karten
- Papier-Servietten
- Garnituren
- Zischkarten
- Tortenpapieren
- uvm. uvm.

„Anzeiger für den Kreis Pleß“

MENSCHEN im HOTEL

ein neuer Roman von VICKI BAUM, der Dichterin der „Helene Willfrier“, beginnt jetzt in der

Berliner Illustrierten

Kaufen Sie die heutige Nummer!